

Die Regierung Alfonsin

Infolge der Niederlage des Malvinen-Kriegs wurde Galtieri durch Bignone ersetzt, der sofort Wahlen und die Rückkehr zur Demokratie versprach. Der Kandidat der Radikalen, Raul Alfonsin, gewann die Wahlen am 30. Oktober 1983 triumphal. In der Frage der Aburteilung der Folter-Militärs vertrat er verbal ein strenges Durchgreifen, praktizierte aber eine sehr konziliante Haltung des Verzeihens, der Wiederversöhnung und des Vergessens. Nur die Generale Videla und Viola (und dann 1986 General Camps) wurden beim »Jahrhundertprozeß« im August 1985 verurteilt. Über 3 000 Militärs hatten sich zwischen 1976 und 1982 an Folterungen beteiligt, der größte Teil entging der Justiz. 1986 erließ Alfonsin eine Amnestie.

Auf ökonomischer Ebene waren die Jahre Alfonsins durch einen Rückgang der Produktion und eine galoppierende Inflation²⁹ gekennzeichnet, welche die Mittelklassen ruinierte, besonders diejenigen, deren Einkommen nicht als Lohn ausbezahlt wurde.

1985 lancierte die Regierung den »Plan Austral«, der darin bestand, die Preise und Löhne einzufrieren und eine neue Währung einzuführen, den Austral, im bezug zum Peso um 40% abgewertet. In der Zwischenzeit war die Verschuldung des Landes weiter gestiegen, was Argentinien zusammen mit anderen südamerikanischen Ländern dazu brachte, neu über seine Schulden zu verhandeln zu versuchen (Konferenz von Cartagena im Juni 1984; Konferenz von Aca-pulco im Dezember 1987).

Zwischen 1983 und 1989 belief sich das Budgetdefizit um die 20% des BIP. Das ist auf der Seite der Einnahmen dem niedrigen Aufkommen an Steuern und anderen Gebühren geschuldet, auf der Seite der Ausgaben den Subventionen für die Privatindustrie (8% des BIP), den Verlusten der staatlichen Unternehmen (5% des BIP) und den Defiziten der Provinzverwaltungen (7% des BIP). Alfonsin reagierte auf den fiskalischen Druck damit, daß er die Notenpresse laufen ließ, was zur Hyperinflation führte, und dadurch die Reallöhne der Beamten und Angestellten des Staates zwischen 1983 und 1989 um 65% verringerte.

Dieser Verfall der Löhne, die zudem häufig verspätet ausgezahlt wurden, war der häufigste Grund für Streiks. Zwischen Januar 1984 und Mai 1989 fanden laut einer Stichprobe von 1 468 der insgesamt 2 503 Streiks 944 im öffentlichen oder halböffentlichen Dienst statt. Dabei ging es zu 56% um Lohnerhöhungen und zu 12% um Lohnprobleme. Angesichts von Inflation und verschiedenen Umstrukturierungen brachen Streiks aus, wie im Mai 1988 der Streik der Eisenbahner. Oder der Streik der 2 000 Justizangestellten der Provinz Santa Fé im November 1986, März 1987 und August 1988.

Die Ökonomie verfiel in Rezession, und die Inflation wuchs weiter in schwindelerregender Weise; da die Regierung sich weigerte, die »Takelage« des

Staates zu reduzieren oder die Arbeiterklasse frontal anzugreifen, drohte die Katastrophe. Zwischen 1980 und 1990 betrug die Inflation im Mittel 45%, das BIP ging um 20% zurück, und die Investitionen fielen von 23% des BIP auf 8%, es blieben nur 100 Mio. Dollar Reserven, und die Schuld erreichte 60 Mrd..

Alfonsín räumte seinen Sitz fünf Monate vor der Zeit, insbesondere aufgrund der Aufstände und Plünderungen, die der Belagerungszustand nicht eindämmen konnte. Bei den Wahlen wurde er weggefegt und machte dem Peronisten Menem Platz, der mit einem populistischen Programm gewählt worden war.

Das Programm von Menem

Menem setzte auf die Bindung der Argentinier an die goldenen Zeiten von Perón und schaffte es damit, im Juli 1989 gewählt zu werden – um das genaue Gegenteil von einem peronistischen Wirtschaft- und Sozialprogramm zu umzusetzen: Sparhaushalt, Absenkung der Zollschränken, Privatisierungen und Revidierung der Steuergesetze; die Besitzer von Bankdepots wurden zu Inhabern von langfristigen Schatzbriefen, die nur noch halb so viel wert waren. Sein Programm bestand aus mehreren Punkten:

* Um der zunehmenden Finanzkrise des Staates abzuweichen, beschloß er einen Plan zur Kostensenkung: er entließ z.B. 1991-92 mehr als 110 000 Regierungs- und 107 000 Provinzbeamte und verschob mehr als 200 000 Lehrer in die Budgets der Provinzen. Weil sie aber die Beschäftigung aus politischen Gründen aufrechterhalten mußten, waren die Gouverneure gezwungen, diesen Maßnahmen zu hintertreiben. So stieg allein in der Provinz Buenos Aires, deren Gouverneur Duhalde war, die Zahl der Beamten von 280 000 im Jahr 1991 auf mehr als 400 000 im Jahr 1999. Die Zahl der Beschäftigten der Bundesverwaltung war Ende 1999 von 526 000 auf 300 000 zurückgegangen.

* Um dem Rückgang der Einkünfte aufgrund der Kapitalflucht zu begegnen, führte Menem 1989 eine Mehrwertsteuer ein und stärkte damit die Befugnisse der zentralen Steuerbehörde. Er schaffte die Exportsteuern ab und erhöhte die Importsteuern. Im Jahr 1991 nahm der Staat schon 24,4 Mrd. Dollar ein gegenüber 13,7 im Jahr 1989.

* Um sich eines wenig rentablen Industriesektors zu entledigen, lancierte er ein Privatisierungsprogramm in mehreren Etappen (Eisenbahn, Telefon, Stahlwerke, Post usw.), was natürlich mit Hunderttausenden von Entlassungen verbunden war. Das brachte seit Ende 1992 16,5 Mrd. Dollar ein; bis 1999 waren es insgesamt 65 Mrd. Dollar. Ende 2000 hatten die privatisierten Unternehmen vor allem bei der Eisenbahn, Erdöl- und Hütten-Industrie ihre Belegschaft (seit 1989) von 302 000 auf 138 000 Beschäftigte reduziert. Die öffentlichen Unternehmen waren nicht nur für die Hälfte des Haushaltsdefizits verantwortlich, sondern brachten nach der Privatisierung Einnahmen: Telefonica wurde zum

Beispiel zum größten Steuerzahler Argentinien.

* Um die Währung zu sanieren und die Inflation zu bekämpfen (die Ende 1989 auf 5 000% gestiegen war), schaffte er den Austral wieder ab, führte auf den Rat seines Finanzministers Cavallo 1991 die Peso/Dollar-Parität ein (fixer Wechselkurs 10 000 Austral für 1 Dollar) und hob alle Wahrungskontrollen auf (Cavallo verließ die Regierung 1996). Geld konnte nur entsprechend den Währungsreserven der Zentralbank emittiert werden, d.h. die Zentralbank konnte nicht mehr die öffentlichen Defizite finanzieren. Die Indexierung der Löhne wurde aufgehoben. Das Haushaltsdefizit fiel 1991 auf 1,8% des BIP gegenüber 5% 1990 und einem Mittelwert von 9% während der 80er Jahre. Die neue Glaubwürdigkeit der öffentlichen Finanzen ermöglichte es, mit Hilfe des IWF die Auslandsverschuldung zu reduzieren und zu prolongieren. Es kamen Investitionen aus dem Ausland, und zusätzlich begannen die Argentinier, einen Teil der 50 Mrd. Dollar, die sie im Ausland geparkt hatten, zuruckzuverlagern. 1991 verdoppelten sich die Importe, während die Exporte stagnierten. Die Importsteuern sanken von 40% auf 9% und wurden für Ausrüstungsgüter und Rohstoffe abgeschafft. Zur Reform des Finanzsystems wurden die nicht verzinnten Mindestreserven der Banken durch verzinste Reserven ersetzt, die 20% der Einlagen ausmachten. Die faulen Kredite wurden reduziert. Die Stabilität der Preise wirkte sich vorteilhaft auf die Konsolidierung des Bankensystems aus, das vom massiven Zufluß ausländischer Banken profitierte. Im Jahr 1997 hielten diese 40% der Einlagen. Doch die unerschwinglichen Kosten des Bankensystems führte dazu, daß seine Nutzung erheblich geringer als in entwickelten Ländern war.

* Zur Reduzierung der Sozialausgaben wurde seit 1989 der Anteil der Bundesregierung an der Sozialversicherung und den öffentlichen Unternehmen von 73% auf 56% gesenkt. Ein Teil dieser Ausgaben wurde auf die lokale Ebene übertragen. Das argentinische Sozialsystem umfaßte das System der Sozialversicherung, das die Pensionen für 3,5 Mio. Rentner bezahlte, kostenlose Bildung für alle und ein kostenloses Gesundheitssystem für Bedürftige und Nichtversicherte. Es gab außerdem Hilfsprogramme für Arme, ein begrenztes Arbeitslosengeld und vor allem Wohnungsbeihilfe. Die sozialen Hilfen waren seit 1990 schneller als das BIP um 45% gestiegen und betragen 1997 zwei Drittel der öffentlichen Ausgaben (auch auf Provinz- und kommunaler Ebene) gegenüber der Hälfte in den Jahren 1989/90. Die Sozialversicherung verbrauchte 40% der Ausgaben, das Gesundheitssystem 25% und das Bildungssystem 20%. Das Renteneintrittsalter wurde um fünf Jahre angehoben, es betrug danach 60 Jahre für Frauen und 65 für Männer.

* Nach dem Modell des nordamerikanischen Freihandelsabkommens Alena beteiligte sich Argentinien am Projekt Mercosur mit Brasilien, Uruguay und Paraguay.

Die Bilanz von Menem

Die heute so verrufene Konvertierbarkeit brachte jedoch einen großen Vorteil, solange der Dollar am Ausgang der Krise von 1991 relativ niedrig stand: sie zog nämlich ausländische Investoren an, die sicher waren, es mit einem Land mit hochqualifizierter Arbeitskraft zu niedrigen Kosten und mit der Stabilität der Weltleitwährung zu tun zu haben, wo nicht die Gefahr bestand, daß das angelegte Kapital wegen des Zusammenbruchs der Währung zusammenschrumpft. Dieser nicht zu vernachlässigende Vorteil hat mit Erfolg große Weltunternehmen angezogen, aber auch Klein- und Mittelbetriebe, z.B. die italienischen Maschinenbauer. Aber die Unternehmen waren vorsichtig, sie zögerten, sich endgültig zu engagieren. Statt in Produktivitätssteigerungen zu investieren, zogen sie es zunächst vor, Arbeitskraft abzuspecken (und so indirekt zur Schrumpfung des Binnenmarktes beizutragen).

Die Ära Menem hatte nicht nur negative Effekte: das Telefon funktionierte jetzt, die Transportsysteme in Buenos Aires (U-Bahn und Vorortzüge) bekamen wieder Kunden usw.. Lange Zeit wogen die Investoren zwischen Brasilien und Argentinien ab, z.B. Renault zwischen der Erneuerung der Werke in Córdoba und dem Neubau einer Fabrik in Curitiba. Ausschlaggebend für die Entscheidung war der zahlungsfähige Binnenmarkt (denn es war nicht vorgesehen, für Länder außerhalb des Mercosur zu produzieren): dieser wurde in Brasilien auf 30 Mio. Personen bei 150 Mio. Einwohnern geschätzt, in Argentinien aber auf 15 Mio. bei 36 Mio. Einwohnern. Das war machbar. Das Problem war, daß die Kaufkraft durch die Verarmung der Mittelklassen beträchtlich geschrumpft war.

Um auf die Währung zurückzukommen, die Dollarbindung führte dazu, daß Argentinien von der asiatischen Krise 1997 nicht besonders getroffen wurde. Ein anderes Problem war, daß das nach Argentinien einströmende Geld nicht nur für Investitionen und die Rationalisierung der Produktion verwendet wurde, sondern vor allem für den Konsum importierter Waren. Die Illusion hielt sich bis zur Abwertung des Real.

Bilanz der Politik Menems 1993

- * 24,5 Mrd. ausländische Investitionen zwischen 1990 und 1993.
- * Der Staat nahm durch die Privatisierungen 24 Mrd. Dollar ein.
- * Der Strompreis sank seit der Privatisierung um 30%.
- * Die Industrie litt an Kapitalmangel, die Sparquote lag bei nur 17%. Die Investitionen nahmen seit 1990 um 115% zu, lagen aber nur bei 20% des BIP. Ebenso betrug die Bankkredite nur 20% des BIP. Schließlich wurde die Kapitalisierung der Börse auf Grund des Zuflusses ausländischen Kapitals versiebenfacht, erreichte aber nur 17% des BIP.
- * Der Bundeshaushalt wuchs um 11%, aber der der Provinzen stieg um 71%.
- * Die Exporte, hauptsächlich in die Nachbarländer, nahmen zu, blieben aber ungenü-

gend. Die Einfuhr von Produktionsmitteln war bedeutend, 1994 betrug sie 8 Mrd. Dollar – soviel wie in den 80er Jahren.

- * Die Industrieproduktivität stieg zwischen 1989 und 1994 um 56%. YPF, das nationale Erdöl-Unternehmen, das zwischen 1981 und 1989 6 Mrd. Dollar verloren hatte, machte nach seinem Verkauf an die spanische Repsol im Jahr 1993 einen Gewinn von 700 Mio. Dollar. Die Zahl der Beschäftigten wurde von 52 000 auf 6 000 reduziert. Ein anderes Beispiel, Ciadea, die Renaults in Lizenz produzierte, wurde profitabel: die Fabrik produzierte 650 Wagen statt 80, ohne die Zahl der Arbeiter zu erhöhen.
- * In den Banken kostete ein Beschäftigter 31 000 Dollar, 5 000 weniger als in den USA, aber seine Produktivität betrug nur 19% der seiner nordamerikanischen Kollegen.
- * Die Löhne wurden blockiert und der öffentliche Sektor entließ massenhaft.
- * Am meisten wurden die Mittelschichten des Staatsapparates und die Arbeiter der vormals geschützten Bereiche von der Wirtschaftsreform betroffen. Dennoch erwies sich die Kostenreduzierung in den privatisierten Unternehmen leichter als vorhergesehen, vorher wurden oft Löhne an Phantomarbeiter bezahlt.

Aber das Ganze hielt der Krise 1998 nicht stand, die zur Abwertung des Real führte und die argentinischen Importe in den Mercosur zusammenbrechen ließ, die nun durch den Doppeleffekt der Verteuerung des Dollar und den Fall des Real nicht mehr konkurrenzfähig waren. Um einen Teil der Lokalökonomie zu finanzieren, wurde den Regionalbanken gestattet, sich zu verschulden.

Als Resultat der ersten vier Jahre der Präsidentschaft Menems gingen die Arbeiterkämpfe insgesamt um ein Drittel und allein in der Industrie um die Hälfte zurück. Mehrere Faktoren können das erklären:

- * Die vollständige Unterstützung der dem Peronismus verpflichteten CGT für Menem: während die CGT zu mehr als 13 Generalstreiks gegen Alfonsín aufgerufen hatte, rief sie gegen Menem zu keinem einzigen auf, obwohl dieser, außer Entlassungen und Privatisierungen zu betreiben, die zentralen Tarifverhandlungen abgeschafft hatte, was zum Abschmelzen des Mitgliederbestandes und damit auch der Einkünfte der CGT führte.
- * Aber auch die Zahl der »gewöhnlichen« Streiks ging zurück, ohne daß die CGT ihre Hände im Spiel hatte. Und der Effekt der Inflationsbewältigung erklärt nicht die Tatsache, daß während den ersten fünf Trimestern Menems die Zahl der Streiks bei 99 lag (im Vergleich 115 unter Alfonsín), wogegen die Zahl der Streikenden 2 737 632 betrug (1 984 708 unter Alfonsín).
- * Wichtiger war sicherlich die Niederlage der Telefonarbeiter in Buenos Aires im September 1990 im Kampf gegen die Privatisierung der ENTEL, die sich höchst negativ auf die Kampfbereitschaft aller ArbeiterInnen auswirkte.

Streik-Tabelle

Anzahl der...	... Streiks	Streikenden	... Ausfalltage
1984	495	8 459 192	16 521 182
1985	333	4 248 248	8 296 518
1986	582	11 236 940	23 170 963
1987	470	5 980 507	13 372 628
1988	443	7 443 344	33 593 112
1989	418	7 720 985	24 359 522
1990	326	9 970 886	32 844 016
1991	119	3 468 930	10 201 821
1992	99	4 656 536	7 208 282
1993	116	1 642 512	6 033 246
insgesamt	3401	64 828 080	175 601 288
Jahresdurchschnitt	340	6 482 808	17 560 129

Außer dieser Niederlage im Kampf war der Erfolg des Konvertibilitätsplans Peso/Dollar im März 1991 einer der wahrscheinlichsten Faktoren, daß vom zweiten Trimester 1991 an die Streiks in signifikanter Weise zusammenbrachen. Das Dekret vom Oktober 1990, welches Streiks im öffentlichen Sektor verbot, hatte faktisch wenig Bedeutung.

Das Land erfuhr eine starke Verteuerung seines realen Wechselkurses, was seine Konkurrenzfähigkeit verschlechterte und auf den Exporten lastete. Um die Parität zu verteidigen, mußte die Regierung die Zinssätze erhöhen, d.h. den Kredit verteuern und damit Investitionen und Konsum dämpfen. Die Warenexporte waren seit 1996 quasi stabil geblieben, während die 1996 stark wachsenden Importe erst 1998 unter der Einwirkung der Krise zurückgingen. Fünf Jahre zuvor hatte die Regierung 2,7% des BIP für den Schuldendienst ausgegeben, jetzt waren es 4,5%. Nicht nur die Bundesschuld war in vier Jahren um ein Drittel gestiegen, auch die Schulden der Provinzen hatten sich verdoppelt. Diese waren theoretisch bankrott und konnten ihre Beschäftigten und ihre Lieferanten nur noch in Gutscheinen bezahlen.

Das Problem ist jedoch nicht die Höhe der Verschuldung, 60% des BIP, sondern die Unfähigkeit, sie zurückzuzahlen. Die öffentlichen Ausgaben hatten sich in zehn Jahren verdoppelt. Ein Drittel der Ausgabensteigerung innerhalb von fünf Jahren wurde auf Provinzebene getätigt. Die Auslandsinvestitionen waren eingebrochen. Die Hauptexportprodukte waren immer noch Erdölprodukte, Getreide und Soja.

Die Abwertung des Real schloß die Türen für den argentinischen Export, Haupthandelspartner Brasiliens. Die argentinischen Exporte machten weniger als 10% des BIP aus. Die Agrarindustrie, ausgenommen Getreide, die besonders konkurrenzfähig war, kam mit gerade 3% Rückgang noch gut davon. Der Automobilexport brach um 60% ein. Der extrem niedrige Weltmarktpreis für Getreide reduzierte die Erlöse aus Agrarexporten, die Maul- und Klauenseuche blockierte die Fleischexporte.

1996 verteilten sich die Importe auf 25% Produktionsmittel, 38% Zwischenprodukte und nur 16% Konsumgüter, deren Anteil aber bis 1998 weiter anstieg.

Die ökonomischen Konsequenzen [*11]

Die Machtergreifung der Militärs hatte das Ziel, die Arbeiterkämpfe und die Organisationen der radikalen Linken zu unterdrücken, der peronistischen Inkompetenz und Mißwirtschaft ein Ende zu setzen, sowie die Staatsmacht zu restaurieren. Sie markiert aber auch den Beginn von zwei Begleiterscheinungen: der Deindustrialisierung Argentiniens, die das Ende der 1930 begonnenen wirtschaftlichen Anstrengung zur Schaffung einer Substitutionsindustrie bedeutete, und der massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter.

Die Deindustrialisierung wurde von einem Rückgriff auf Auslandsanleihen begleitet, was zu einer hohen Verschuldung führte, die Konzentration des Kapitals in Richtung Großunternehmen begünstigte (und so das Verschwinden zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmen). Sie wurde begleitet von einem (legalen oder illegalen) Transfer von Geldern ins Ausland. Dies zeigt die offensichtliche Weigerung der Großbourgeoisie, in Argentinien selbst zu investieren. Diese Bewegung, die das Gewicht der ausländischen Unternehmen in der lokalen Ökonomie verstärkte, wurde bei der Machtübernahme Menems mit der Privatisierung nahezu aller staatlichen Unternehmen beschleunigt.

Der Zusammenbruch des Lebensstandards der Arbeiter und aller Beschäftigten und Rentner zeigte, daß die Masse des gesellschaftlichen Mehrwerts beträchtlich zur Profitsteigerung des Kapitals beigetragen hat. Das Problem war, daß diese extrahierte Mehrwertmasse nicht dazu diente, der argentinischen Industrie, die exportschwach und defizitär war, eine nationale Basis zu entwickeln, sondern offensichtlich die Unternehmenskonzentration förderte zum Profit von schon lange existierenden und deshalb vorwiegend ausländischen Unternehmen.

Solange der Staat (damals Eigentümer von 30 bis 40% der Industrie) das Gleichgewicht durch Regulierungen und weitere Schuldenaufnahme aufrechterhalten konnte, hätte alles so weiterlaufen können. Das Problem war, daß die Staatsunternehmen auf Grund des Arbeiterwiderstandes wenig produktiv waren; das drückte sich nicht notwendigerweise in offenen Konflikten aus, sondern mehr in diffusem Widerstand und der Stärke der CGT. Die Privatisierung wurde so doppelt notwendig: um die Finanzen des Staates wegen des Schuldendienstes und der Steuerflucht wieder flott zu machen. Und man mußte sie durchführen, solange die Unternehmen noch attraktiv waren.

Entwicklung der Staatsschuld:

1975: 8,085 Mrd. Dollar; 2000: 177,211 Mrd. Dollar.

Entwicklung des Schuldendienstes:

1975: 4,3 Mrd. Dollar; 2000: 81,7 Mrd. Dollar.

Entwicklung der Steuerflucht:

1975: 10,7 Mrd. Dollar; 2000: 115,2 Mrd. Dollar.

All diese Phänomene lassen sich damit erklären, daß der Anteil der Industrie am BIP von um die 30% im Jahr 1975 auf 16% im Jahr 2000 zurückgegangen ist. Der Bedeutungsverlust der Industrie und ihrer Dynamik hat sich auf die gesamte argentinische Ökonomie ausgewirkt und dafür gesorgt, daß das BIP pro Kopf der Bevölkerung seit 25 Jahren stagniert. (Die Bevölkerung ist im selben Zeitraum von 24 auf 36 Mio. gewachsen). Das drückt sich im Abschmelzen der Arbeiterbelegschaften der Industrie aus, die von 1 551 221 im Jahr 1974 auf 1 381 805 im Jahr 1985, auf 1 061 528 im Jahr 1993 und weniger als eine Million im Jahr 2001 zurückgingen. Das ist ein Rückgang von mehr als einem Drittel in über 25 Jahren! Ebenso sanken die Löhne und ihr Anteil am Nationaleinkommen. Die Gesamtzahl der Industrieunternehmen ging von 126 388 im Jahr 1974 auf 109 376 im Jahr 1985 und auf 93 156 im Jahr 1993 zurück.

Dieser Prozeß hat offensichtlich nicht alle Industriebereiche in gleicher Weise getroffen. Die kleinen und mittleren Unternehmen litten mehr als die großen: Ihre Zahl sank in 25 Jahren um 30 000 oder ein Viertel; ihr Anteil an der Industrieproduktion ging zwischen 1975 und 2000 von 50% auf 30% zurück. Damit verstärkte sich das Gewicht der Großunternehmen, die unter anderem infolge der 1991 begonnenen Privatisierung mehrheitlich ausländischem Kapital gehörten. Die verschiedenen Regierungen haben in ihrer Wirtschaftspolitik in gleicherweise die Klein- und Mittelbetriebe geopfert und damit die Kapitalkonzentration in klassischer Weise vorangetrieben. Damit einher ging eine Produktivitätssteigerung durch Vertreibung von Hunderttausenden von Arbeitern von ihren Arbeitsplätzen.

Seit den Jahren unter Perón war die nationale Industrie relativ geschützt vor Auslandsimporten gewesen; das ermöglichte die Entstehung eines dichten Zuliefernetzes für die großen Automobilfabriken und die mechanische Industrie insgesamt. Die Beseitigung dieses Schutzes zuerst unter Alfonsín und dann endgültig unter Menem zeretzte diese künstliche und nicht konkurrenzfähige Industriestruktur.

Nur gewisse Bereiche hielten stand: Hütten-, Kunststoff- und petrochemische Industrie. Diese wiesen gemeinsame Züge auf: eine hohe organische Zusammensetzung des Kapitals, eine beachtliche Größe und eine direkte oder indirekte Unterstützung durch den Staat (geschützte Märkte); Lieferanten von Zwischenprodukten konnten schrumpfende Binnenmärkte durch Exportsteige-

rungen ausgleichen. Während in den Jahren 1991-1996 die Branchen Nahrungsmittel, Erdöl, Verhüttung, Chemie und Automobilbau noch prosperierten, kam es 2000/2001 in bestimmten Bereichen zu dramatischen Einbrüchen.

Die sozialen Konsequenzen [*11]

Was am meisten ins Auge fällt, ist das dramatische Absinken der Lohnquote von 43% im Jahr 1975 (unter Perón fast 50%!) auf nur 20% im Jahr 2000! Dieser Einkommenstransfer, der offensichtlich den Großunternehmen zugute kam, betrug 1976-1980 rund 52 Mrd. Dollar, 1980-1989 rund 80 Mrd. Dollar und 1989-2000 rund 132 Mrd.. Darin wird das ganze Ausmaß dieser Umverteilung noch nicht sichtbar, da in der Lohnquote alle Beschäftigten zusammengefaßt sind. Der Anteil der niedrigsten Einkommen fiel 1974-1999³⁰ von 19,5% auf 13,1%, der der mittleren Einkommen von 41% auf 34,6%, während der Anteil der höheren Einkommen von 39,7% auf 52,3% stieg. Die Klassenpolarisierung hat sich also auf Kosten der Proletarier verschärft.

Diese Entwicklung hat seit 1991 noch zugenommen, denn die Einkommen der oberen Klassen stiegen 1991-99 um 57%! Diese gesellschaftliche Ungleichheit wird noch von einer geographischen Ungleichheit überlagert: die Spanne zwischen den Einkommen der 10% Ärmsten und der 10% Reichsten beträgt im Landesdurchschnitt 23,7%, am geringsten ist sie im Industriegürtel von Buenos Aires; in der Stadt Buenos Aires steigt sie auf 89%.

Aus den Daten des Arbeitsministeriums zur Reallohnentwicklung lassen sich folgende Phasen ablesen:

- * Zwischen 1976 und 1979 fallen die Löhne jährlich um 33-40% – eine direkte Folge der Repression.
- * 1980-1983 steigen die Löhne wieder: es hat wieder Arbeiterkämpfe gegeben, und der Einfluß des Militärs ist zurückgegangen. Diese Entwicklung verstärkt sich in den ersten Jahren der Regierung Alfonsín bis 1986.
- * 1986-1991 schrumpfen die Löhne aufgrund der Hyperinflation bis auf die Hälfte des Niveaus von 1975.
- * 1991-1994 stabilisieren sich die Löhne.
- * Von 1995 bis heute sinken die Löhne wieder, ab 1998 beschleunigt sich diese Entwicklung. *Insgesamt haben die Beschäftigten in 25 Jahren 2/3 ihres Einkommens verloren!*

Die *Arbeitsproduktivität* in den 500 größten Unternehmen stieg ausgehend von der Basis 100 im Jahr 1993 bis auf 153,3 im Jahr 1997 an und ging dann 1998 auf 149,2 zurück; seither ging die Talfahrt weiter. Gleichzeitig sind die Löhne in denselben Unternehmen von der Basis 100 im Jahr 1993 nur auf 119,6 im Jahre 1998 gestiegen: man sieht, daß die Profitrate der größten Unternehmen bis 1998

um 65% zugenommen hat. Die Trendwende in der Produktivitätsentwicklung seit 1998 ist einer der Gründe für den Abzug ausländischen Kapitals und die Schließung von Fabriken insbesondere im Automobilbau.

Die Beschäftigung ist nicht nur zurückgegangen, sondern auch prekärer geworden, wie die Statistiken von INDEC zwischen 1991 und 1999 zeigen:

- * Die Arbeitslosigkeit stieg von 6% auf 13,8%,
- * die Unterbeschäftigung von 7,9% auf 14,3%,
- * der Anteil der armen Bevölkerung von 25,2% auf 26,9%,
- * der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von 4,1% auf 7,2%.
- * Im Vergleich dazu ist das BIP (wie vertrauenswürdig auch immer dieser Indikators sein mag) von 100 auf 137 gestiegen.

Fassen wir zusammen. In 25 Jahren haben die argentinischen Beschäftigten beim Lohn, bei den Arbeitsbedingungen, bei der Prekarität und bei den indirekten Einkommen (soziale Absicherung) verloren. Die herrschende Klasse hat sie ihre »Unverschämtheit« von 1968-75 teuer bezahlen lassen. Heute sind nahezu 40% der Bevölkerung arbeitslos oder prekär.

Die Streiks und die Klassenzusammensetzung [*12]

Aufgrund der Umstrukturierung und des Rückgangs der Produktionsbetriebe werden die Streikbewegungen ab 1983 von den LehrerInnen, Staatsbediensteten und dem öffentlichen Dienst angeführt und nicht mehr von den IndustriearbeiterInnen in Buenos Aires, Córdoba und Rosario. In den zehn streikfreudigsten Provinzen entfielen auf LehrerInnen und Staatsbedienstete 51% der Streiks, 90% der Streikenden und 93% der Ausfalltage. Es handelte sich um Streiks gegen Lohnsenkungen bzw. ausstehende Lohnzahlungen, eine Folge des Rückgangs der Staatseinnahmen auf Provinzebene und des durch Vetternwirtschaft aufgeblähten Staatssektors.

Das Paradebeispiel dafür ist die Provinz La Rioja mit der höchsten Streikrate: 43% der Streiks zwischen 1984 und 1993 wurden von den LehrerInnen (25%), Gemeindeangestellten (15%), der Polizei (2%) und den Justizangestellten (1%) geführt, die übrigen 57% von anderen Teilen der Staatsangestellten. Während Menem hier Gouverneur war (1983-1989) stieg die Anzahl der Staatsbediensteten von 12 000 auf 40 000, und das in einer armen Provinz mit 63 370 Personen im arbeitsfähigen Alter und einer Einwohnerzahl von 250 000.

Nach seiner Regierungszeit fiel die Zahl der Staatsbediensteten wieder auf 26 000, aber das Haushaltsdefizit der Provinz stieg auf 108 Mio. Dollar, was 31% des BIP der Provinz ausmacht – oder ein Drittel des Defizits der Provinz Buenos Aires (mit der 57fachen Einwohnerzahl!). Diese Art von Vetternwirtschaft blieb nicht auf Menem beschränkt: in der ebenso armen Nachbarprovinz

Catamarca (290 000 EinwohnerInnen), von Ramon Saadi regiert, wurden 80% des Haushalts für den Lohn der Staatsbedienstete verbraucht.

Der Santiagueñoazo [*13]

In Santiago del Estero kam es 1993 zum Aufstand, als die Provinzregierung beschloß, 10 000 Staatsbedienstete zu entlassen und die Löhne der übrigen zu senken. Der Wirtschaftsminister der Provinz hatte bereits zuvor entschieden, die Zahlungen von September und Oktober auszusetzen und die Novemberbezüge um 50% zu kürzen, so wie es ein Omnibus-Gesetz vorsah, das kurz zuvor von Peronisten und Radikalen auf Provinz- und auf Bundesebene verabschiedet worden war.

Am 16. Dezember 1993 versammelte sich eine Demo vor dem Sitz der Provinzregierung: Staatsbedienstete, StudentInnen, Pensionäre forderten die Aufhebung des Gesetzes. Die Regierung antwortete, indem sie die Polizei schickte. Es kam sehr schnell zu Zusammenstößen (die Gewerkschaftschiefs verdrücken sich), die Polizei wurde zurückgeschlagen. Die DemonstrantInnen nahmen dann die Gebäude der Staatsmacht ein (Polizei, Parlament, Gericht), plünderten die Amtsräume der politischen Führer und zerstreuten sich schließlich über die ganze Stadt, einschließlich der Nachbarstadt La Banda. Die DemonstrantInnen trugen keinerlei Forderungen mehr vor, die Gegner waren alle anderen, die (Staats)Macht in jeder Form. Die Amtsgebäude wurden nicht besetzt, sondern zerstört; es bildete sich eine spontane Organisation kleiner Gruppen, die AktivistInnen oder die Entschiedeneren wählten die Ziele aus, die DemonstrantInnen folgten ihnen, auf den Straßen die begeisterte Bevölkerung usw. Bei der Erstürmung der Häuser der politischen Führer wurden nur Luxusgüter oder Lebensmittel rausgeholt, die Luxusgüter zerstört. Niemand wurde verprügelt.

Am 17. Dezember gingen die Demos weiter, man begann, Versammlungen zu organisieren. Die Regierung beschloß, Gendarmerietruppen zu schicken. Am 19. Dezember entschied die Regierung, den »privilegierten« Lohn des öffentlichen Sektors auf 3 500 Pesos festzulegen und für die niedrigeren Löhne bzw. die Pensionen einen Notfonds von 500 Pesos für die 60 000 Betroffenen freizugeben. Die Bewegung geht noch einige Tage weiter und versandete dann.

Diese Bewegung hat sich also durch eine spontane Organisation an der Basis, die vollständige Zurückweisung politischer Parteien aller Richtungen und die Zerstörung von Symbolen der (Staats)Macht ausgezeichnet. Es war die erste Bewegung dieser Art, die sich gegen die Maßnahmen von Cavallo stellte, und sie war Ausgangspunkt und Beispiel für weitere Bewegungen.

29. Konsumgüterpreis-Index: 1982: 210; 1983: 434; 1984: 688; 1986: 820; 1988: 774; 1989: 1023.

30. Die Zahlen basieren auf Veröffentlichungen des argentinischen statistischen Instituts, INDEC. Man sieht so, daß die Einkommen dieser »Mittelklasse«, dem Liebling der westlichen Medien, insgesamt nicht so sehr gelitten haben.